AUS DEM NETZ 01.08.2016 | Bert Hoppe

Ein Wähler?

Warum der Linken die Stammwählerschaft abhanden kommt.

Warum, so fragen sich viele politische Beobachter (und sozialdemokratische Strategen) verwirrt, haben rechte Parteien ausgerechnet bei Arbeitern so einen großen Erfolg, obwohl diese damit gegen ihre eigenen Interessen stimmen? Der Soziologe Didier Eribon, 1953 in eine kommunistische Familie hineingeboren, ist dieser Frage erstmals 2009 nachgegangen. Damals erschien sein Buch „Retour à Reims“ (Rückkehr nach Reims), in dem er beschreibt, wie er nach Jahren nach dem Tod des Vaters erstmals wieder auf Mutter und Brüder trifft und feststellen muss, dass sie inzwischen zu Wählern des rechtsextremen Front National geworden sind.

Inzwischen ist diese Abkehr der Arbeiterschaft von der Linken auch in anderen Ländern manifest, etwa in Großbritannien. Ein wichtiger Grund dafür, so erklärt Eribon nun in einem langen Interview mit „ZEIT online“, liege in der weitgehenden Deindustrialisierung ganzer Regionen, die „das Leben dieser Leute vollkommen zerstört hat. Diese Leute haben nicht nur Geld verloren, sondern auch ihre Hoffnungen, ihr soziales Umfeld, ihr ganzes Leben.“ Und die Möglichkeit, sich Gehör zu verschaffen: Wer keine Arbeit habe, könne nicht streiken, und Demonstrationen hätten keinerlei Effekt. „Die Leute, die in diesen Tagen auf die Straße gehen, haben die aktuelle Regierung gewählt, bekommen aber nun zu hören, dass ihre Meinung keine Rolle spielt. Was bleibt ihnen also anderes übrig, als nächstes Mal in Frankreich FN zu wählen, in Österreich FPÖ, in Großbritannien Brexit und in Deutschland AfD?“

Hinzu komme, dass sich auch die neuen Bewegungen wie Nuit Debout in Frankreich und Podemos in Spanien zumindest rhetorisch der Rechten angenähert und deren Begriffe auch in der Linken populär gemacht haben. Jetzt bringen sie die „Nation“ gegen die „Oligarchie“, die „Heimat“ gegen die „Finanzelite“ und das „Volk“ gegen „die da oben“ in Stellung: „Sie wollen verloren geglaubte solidarische Räume wieder herstellen: das Dorf, die Gemeinde, das Café. Ich mag Dörfer und Cafés wie jeder andere auch, aber doch nicht als politisches oder intellektuelles

Programm.“ Ohnehin haben sich Eribon zufolge nicht nur die Regierungen von den Arbeitern entfremdet, sondern auch die neuen Bewegungen selbst. Die jungen Studierenden und Postdocs von Nuit Debout, die sich in Paris allabendlich versammelten, glaubten, sie seien das Volk und gehörten zusammen mit den Arbeitern zu den unterdrückten „99 Prozent“. Das sei eine Illusion: „Später sind sie in die Kleinstädte und Vororte gegangen, um dort Reden zu halten, aber sie wurden ignoriert und ausgebuht.“

Wie Lynsey Hanley im „Guardian“ anmerkt, klaffen Selbstwahrnehmung und objektiv messbarer sozialer Status auch in Großbritannien vielfach weit auseinander – bei einer Umfrage bezeichneten sich zuletzt rund 60 Prozent der Briten als „Arbeiter“, egal wie hoch ihr Einkommen ist und welcher Tätigkeit sie nachgehen. Ihre Zugehörigkeit zur Arbeiterklasse machen sie an sozial-konservativen Einstellungen in Fragen der Einwanderung, Moral, Sexualität und den Strafen für Kapitalverbrechen fest. „Jemand, der also objektiv gut verdient, ein schönes Haus, ein großes Vermögen und einen hohen sozialen Status hat, kann sozial-konservative Einstellungen vertreten, weil er glaubt, ‚der einfache Mann‘ sehe das genauso.“

Im Eifer der national verstandenen Globalisierungskritik lasse man traditionelle linke Werte wie den Internationalismus hinter sich.

Didier Eribon beobachtet mit Sorge, dass sich diese sozial-konservativen Haltungen auch in den neuen linken Bewegungen verbreiten und die Denkfigur des „Nebenwiderspruchs“ zurückkehrt: „Die LGBT-Bewegung wird als Erfindung des Neoliberalismus abgetan, von der Frauenbewegung heißt es, sie lenke vom eigentlichen Kampf ab – dem Klassenkampf.“ Im Eifer der national verstandenen Globalisierungskritik lasse man traditionelle linke Werte wie den Internationalismus hinter sich: Wer die Nation als wichtigste Bastion gegen die „Oligarchie“ der internationalen Konzerne in Stellung bringe, dem fehle es schnell auch an Mitgefühl für Menschen, die eben nicht zu dieser Nation gehören – wie etwa den Flüchtenden, die auf dem Weg nach Europa im Mittelmeer ertrinken.

Auf einen Problembereich, den die „Postdocs“ von Nuit Debout ausblenden, weil er sie nicht betrifft, macht David H. Freeman in „The Atlantic“ aufmerksam: die rasante Automatisierung, die immer mehr Arbeitsplätze vernichte. „Viele Jobs, für die man heute einen College-Abschluss braucht – vom Abteilungsleiter im Kaufhaus bis zum

Verwaltungsassistenten – sind eigentlich gar nicht komplizierter geworden, die weniger gut Ausgebildeten wären dazu immer noch befähigt. Gleichzeitig verschwinden immer mehr Jobs, für die man keinen College-Abschluss braucht. Die Liste der Fabrik- oder Dienstleistungsjobs, die jetzt oder demnächst von Robotern, Online-Services und Apps übernommen werden, wächst täglich." Allein im Paketgeschäft und in der Restaurantbranche seien auf diese Weise 15 Millionen Jobs gefährdet.

Freeman interpretiert diese Entwicklung als Zangenangriff der Gutausgebildeten auf die Geringqualifizierten, als bewusst geführten „Krieg gegen die Dummen". Bildungsgegenoffensiven – um im Bild zu bleiben – hält er vor diesem Hintergrund für Symptombekämpfung, zumal die frühkindliche Bildung als effektivste Maßnahme seit Jahrzehnten systematisch vernachlässigt werde. Notwendig sei ein viel grundlegender Wandel: „Wir müssen aufhören, die Intelligenz zu glorifizieren und unsere Gesellschaft als einen Spielplatz für die clevere Minderheit zu betrachten. Wir sollten stattdessen unsere Wirtschaft, unsere Schule und sogar unsere Kultur mit einem Blick für die Möglichkeiten und die Bedürfnisse der Mehrheit gestalten und für das volle Spektrum der menschlichen Leistungsfähigkeit." Ob sein Vorschlag praktikabel ist, Prämien an Unternehmen zu zahlen, die ihre Produktion nicht fortwährend automatisieren, um Arbeitsplätze für „the less brainy" zu erhalten, sei dahin gestellt – er ist jedenfalls allemal bedenkenswerter als die Idee eines Autors der Tageszeitung „Die Welt", der kürzlich vorschlug, Reiche zu ermutigen, „Dumme als Domestiken einzustellen – auch wenn ihre Aufgaben natürlich genauso gut von Haushaltsrobotern erledigt werden könnten".



Bert Hoppe
Berlin

Dr. Bert Hoppe ist seit 2015 Referent im Referat Mittel- und Osteuropa der Friedrich-Ebert-Stiftung. Zuvor hat er als Historiker an der Humbolt-Universität Berlin und am Institut für Zeitgeschichte gearbeitet, unter anderem zur osteuropäischen Zeitgeschichte.

8 LESERBRIEFE

manfred fischer schrieb am 02.08.2016

Links zu wählen, was heißt das für das Umsetzbare?
In vielem ist die LINKE zu einer zahnlosen Protest - Partei geworden.
Oft nicht in der Führung mit sich uneins,.
Es lohnt sich, wirklich nur eine Partei zu wählen, wo am Ende dabei was herauskommt.

Im Osten mag das so wohl noch geschehen, doch im Westen sieht`s dafür recht mau aus.
Oder täusche ich mich da?

Manfred

Heinrich Triebstein schrieb am 02.08.2016

98 Prozent der Neugeborenen sind Genies. Sind sie der Schule entronnen, sind zwei Prozent davon übrig. Ein neugeborener Mensch will diese Welt ergreifen, er sucht und fragt und wenn seine Eltern gut sind, bestärken sie ihn. Kommt er in die Schule, ist es allzu häufig immer

noch so: Fragen stören; der Lehrplan (die faulste Ausrede der Denkfaulen) muss durchgezogen werden. Statt Ermutigung Entmutigung. Statt Hilfestellung Demütigung. Im tertiären Sektor geht's weiter. Boulimie-Lernen. Fakten reinziehen, in der Prüfung auskotzen, im Beruf funktionieren. Bologna-Prozess. Sahra Wagenknecht spricht von Refeudalisierung. Ich nenne das Zurück in die Sklavenhaltergesellschaft. "Der glückliche Sklave ist der erbittertste Feind der Freiheit." Marie von Ebner-Eschenbach (1830-1916). Lösung? BGE?

Mark Merz schrieb am 02.08.2016

Kompliment, eine wohltuend realistische Analyse.

In der Bewertung sehe ich aber das "Dorf" anders. Die Möglichkeit, den Bürger politisch zu marginalisieren ist proportional zur Größe der gesellschaftlichen Einheit. Auf Dorfebene ist die Organisation einer Trennung von Macht und Verantwortung viel schwerer. Die Briten haben das verstanden und DIESEM Europa eine Absage zugunsten des Nationalstaates erteilt. Solange der Status unserer (Schein-)Demokratie so ist, wie er ist, plädiere

ich für radikale Subsidiarität: Soviel "Dorfdemokratie" wie möglich und nur soviel EU, wie absolut unvermeidbar. Small is beautiful!

PS: Gab es in der EU im 20.Jh. nicht mal ein Subsidiaritätsprinzip?

Hardy Koch schrieb am 02.08.2016

Dieser Artikel passt auch recht gut zur SPD, die ihre Programmatik gegen Betriebswirtschaftslehre eingetauscht hat. Bei dieser Mikrofundierung kommt man mit den Analysen eben nicht sehr weit. Da hilft auch ein Wühltisch voller Zitate nicht. Dass sich Europa heute ohne erkennbare Sozialdemokratie entwickeln muß, kann man den neuen Bewegungen und Organisationen nur zumTeil vorwerfen.

Gerd Weghorn schrieb am 02.08.2016

Wieso ist die SPD "links"? Links sind für mich nur die Mitglieder einer Partei, die sich nicht von den Herrschenden instrumentalisieren lassen. Die also beispielsweise den Art. 14 GG sozialistisch und den

Grundgesetzauftrag von Art. 21 GG, bei der "politischen Willensbildung des Volkes mitzuwirken", offensiv aufklärerisch, bewusstseinsbildend auslegt; und eine Partei, die Art. 26 GG nicht dadurch unterläuft, dass sie der Uminterpretation von Art. 87a GG durch das BVerfGericht folgeleistet, einer Verfälschung des GG, die in punkto Militarisierung der deutschen Außen- (und Innen-)politik allen sozialdemokratischen Grundsatzerklärungen zuwiderläuft.

Die "Arbeiter" wissen, dass auch die führenden Mitglieder der "linken" Parteien primär die Absicherung ihrer beruflichen Karriere im Sinn haben.

Frank Schmidtsdorff schrieb am 02.08.2016

Wenn überhaupt, Herr Koch, meinen Sie die Volkswirtschaftslehre- und was ist falsch daran, sich mit wirtschaftlichen Zusammenhängen auseinanderzusetzen: ein Ur-Fehler der heutigen Linken (mit Ausnahmen). Nein, die SPD hat allenfalls Neoliberale Zeitungsweisheiten aufgenommen.
Der Artikel ist eine gute Übersicht über einige gute Artikel der letzen Zeit - und es ist natürlich zum

Verzweifeln, dass die Linke jetzt aus taktischem Kalkül zentrale Überzeugungen über Bord wirft.
Doch: Ich sehe keine Vision und keine Strategie und ich sehe auch nichts Neues. Außer ein wenig Wohlfahrtsstaat der 70er - es führt nichts ins 21 Jahrhundert. Und BGE ist für die genannten Probleme überhaupt keine Lösung - oder soll die früher Ruhestand heißen?

Illoinen schrieb am 03.08.2016

Denn wie heißt doch der Kalauer:" Würden Wahlen etwas verändern, hätte man sie schon längst verboten" Eines aber ist sicher, solange eine Mehrheit glaubt, dieses aussitzen zu können, wird scheitern. Die SPD mit Schröder, war doch kein Versehen, man verrät seine Werte, doch nicht über Nacht. Hat denn noch niemand bemerkt, sobald irgend wo in Europa oder Übersee, nur ein Hauch von Links aufkommen zu scheint, wie in den USA mit Sanders, oder Corbyn in GB, oder wie jetzt Wagenknecht, ist der Mainstream da, um solange negative Schlagzeilen zu verbreiten, dass die wenigsten bereit sind "links" zu wählen. Deshalb glauben heute" Linke, sie müssten sich dem Mainstream wie einst die

Grünen anpassen, aber das wird nicht funktionieren.

---

manfred fischer schrieb am 04.08.2016

Die LINKEN in der BRD müssen sich wirklich an ihre Taten bemessen lassen
Die WählerInnen aller Parteien sind von all dem vielen schönen Gerede schlapp und müde geworden.
Ewige Diskussionen....

Die LINKEN müssen einmal dem WählerIn aufzuzeigen, was sich durch sie in den letzten drei Jahren alles verändert hat.

Manfred
